

## **Der Seniorenbeauftragte für den Markt Irsee berichtet**

Es sind nur noch wenige Tage bis zur Bundestagswahl. Der Wahlkampf ist in seiner letzten und wohl entscheidenden Phase. "Umgehen mit Flüchtlingen", "Schadstoffskandal in der Automobilindustrie", "Innere Sicherheit und Terrorismusabwehr", das waren die Themen, die in den letzten Wochen und Monaten die Diskussion beherrscht haben.

Darüber ist die Sozialpolitik und hier ein Bereich, der Seniorinnen und Senioren ganz besonders interessiert, völlig in den Hintergrund geraten. Ich spreche vom Pflegesystem (Stichwort "Pflegenotstand"). Dieses Thema kam auch in dem TV-Duell zwischen Kanzlerin Merkel und ihrem Herausforderer Schulz, das am vergangenen Sonntagabend stattfand, überhaupt nicht vor. Ein unglaubliches Versäumnis! Finden Sie nicht auch?

Dabei ist dieses Thema von höchster gesellschaftlicher Dringlichkeit. Seit Jahren wächst die Zahl pflegebedürftiger, vor allem älterer Menschen. Bekanntermaßen wird die Pflege dieser Menschen mehrheitlich von Familienangehörigen, und da vor allem von Frauen, geleistet. Entlastung durch ambulante Pflegedienste und stationäre Einrichtungen gibt es, doch die dort tätigen Pflegekräfte sind häufig völlig überlastet, teilweise auch nicht wirklich ausreichend qualifiziert. Die von der Politik und den Sozialversicherungsträgern festgelegten Personalschlüssel sind unzureichend. Die Bezahlung der Pflegekräfte ist zu unattraktiv im Verhältnis zu den Belastungen und Rahmenbedingungen ihrer Arbeit. Die Ausbildung müsste dringend reformiert werden, so die einhellige Meinung von Fachleuten. Wen wundert es, dass es angesichts dieser Missstände schon seit Jahren zu wenig Pflegefachkräfte gibt - Tendenz steigend. Zu wenige junge Menschen entscheiden sich nach der Schule für diesen Beruf. Und es gibt immer mehr dieser ursprünglich sehr motivierten und engagierten Menschen, die resignieren und aus ihrem Beruf aussteigen.

Aber hat es nicht durch das Pflegestärkungsgesetz II, das zum 1. 1. dieses Jahres in Kraft getreten ist, Veränderungen des Pflegesystems gegeben? Das ist richtig. Ob aber diese Veränderungen ausreichen, um den absehbaren künftigen Anforderungen gerecht werden zu können, ist in meinen Augen mehr als zweifelhaft. Es braucht wohl einen tiefer gehenden Wandel in der gesellschaftlichen Grundeinstellung gegenüber der bekannten Tatsache, dass es immer mehr ältere und sehr alt werdende Menschen gibt, und damit einen wachsenden Bedarf an Unterstützung und auch pflegerischer Versorgung. Jede und jeder Einzelne ist aufgerufen, sich mit den Folgeerscheinungen dieser gesellschaftlichen Entwicklung zu beschäftigen und dazu bereit zu sein, die erforderlichen Konsequenzen mit zu tragen.

Vielleicht fragen Sie jetzt: Von welchen Konsequenzen spricht er da? Was sollen wir alle mit tragen?

Um Antworten auf diese und andere wichtige Fragen finden zu können, kann es hilfreich sein, einmal einen Blick über unsere nationalen Grenzzäune zu werfen und uns anzuschauen, wie die Gesellschaften in vergleichbaren europäischen Ländern mit diesen Herausforderungen umgehen und fertig werden. Das hat die Politikwissenschaftlerin und ehemalige Stadtkämmerin einer kreisfreien Stadt in Niedersachsen, Dr. Cornelia Heintze, im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung getan. Die Ergebnisse liegen in einer 2015 aktualisierten und inhaltlich überarbeiteten Studie vor (im Internet einsehbar unter: <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/11337.pdf>). Sie hat darin das Pflegesystem in Deutschland mit dem in den fünf skandinavischen Ländern Dänemark, Finnland, Island, Norwegen und Schweden verglichen.

Unser Pflegesystem wird im Kern so charakterisiert, das es dem Subsidiaritätsprinzip folgend in erster Instanz auf das „Solidarsystem Familie“, und erst in zweiter Instanz auf die gesamtgesellschaftliche Solidarität, also auf staatliche Unterstützung, setzt. Ein solches Modell setzt jedoch eine klassische Arbeitsteilung in den Familien voraus: Der eine Partner, meist der Mann, ist vorrangig für den Unterhalt der Familie zuständig. Die Frau (Ehefrau, Tochter, Schwiegertochter, Enkelin) übernimmt in der Mehrzahl der Fälle unentgeltlich oder gegen eine geringe Anerkennungsprämie (Pflegegeld) die Fürsorgeaufgaben. Die Kennzeichen des „familienbasierten Pflegesystems“ sind: Vorrang der informellen (also vor allem von Familienangehörigen geleisteten) vor der professionellen Pflege; geringer Umfang der öffentlichen Finanzierung; ein enger Pflegebegriff und eine zersplitterte, unübersichtliche Struktur mit schwer zugänglichen Leistungen (Mischstruktur aus gemeinnützigen, privat-gewerblichen und öffentlichen Anbietern). Eine hohe Anfälligkeit für die Entwicklung eines „Grauen Pflegemarktes“, der häufig auf wenig fachqualifizierte und vor allem billigere Arbeitskräfte (meist aus osteuropäischen Ländern) zurück greift, insbesondere im Bereich der 24-Stunden-Pflege, kommt hinzu.

Die Pflegesysteme in den skandinavischen Ländern sind geprägt durch ein umfassendes wohlfahrtsstaatliches Dienstleistungsangebot. Die gesellschaftliche Grundstruktur in diesen Ländern ist auf Gleichbehandlung der beiden Geschlechter ausgerichtet und bietet die Basis für eine zumindest annähernd gleich hohe Erwerbsbeteiligung von Männern und Frauen. Diese Merkmale spiegeln sich in der Struktur des Pflegesystems wider. Die Autorin nennt es ein „servicebasiertes Pflegesystem“ und ordnet ihm folgende Charakteristika zu: Vorrang der formellen Pflege; mittlere bis hohe öffentliche Finanzierung (Bedarfssteuerung); ein weiter Pflegebegriff; hohe Professionalisierung; qualitativ hochwertige kommunale Pflegeinfrastruktur. Das servicebasierte System zielt in erster Linie darauf ab, das professionelle Pflegesystem zu stützen und weiter zu entwickeln.

Welches sind die wichtigsten Auswirkungen der unterschiedlichen Grundsysteme?

Dort wo Kinderbetreuung und Pflege stark „familiarisiert“ sind, seien die niedrigsten Geburtenraten festzustellen. Das zeige: Investitionen in eine gute Pflege- und Betreuungsinfrastruktur erzeugen eine „demografische Dividende“, entschärften also für die Zukunft das zahlenmäßige Verhältnis zwischen Pflegebedürftigen und Pflegenden.

Eine weit verbreitete Fehlannahme laute: Frauen, die privat und unentgeltlich pflegen, „kosten“ im wahrsten Sinne des Wortes nichts – ein gut ausgebautes öffentliches Pflegesystem hingegen sei unbezahlbar. Dieser Gedanke führe in die Irre. Wenn gut ausgebildete Frauen (und Männer) aus dem Arbeitsmarkt austreten, um unentgeltlich zu pflegen, geht der Volkswirtschaft erhebliches Bildungskapital verloren. Investitionen in ein gutes öffentliches Pflege- und Betreuungssystem hingegen entlasten die Sozialkassen und steigern das Potenzial an gut qualifizierten Arbeitskräften.

Dort, wo Pflege als öffentliche Aufgabe und öffentliches Gut betrachtet wird, entstehen im Pflegesektor gut bezahlte, qualifizierte Arbeitsplätze, die für Wachstum sorgen. Insgesamt ergibt sich daraus volkswirtschaftlich betrachtet perspektivisch eine höhere Beschäftigungs- und Wertschöpfungsquote. In Deutschland machen wir bisher das Gegenteil.

Und die Autorin der Studie beschreibt noch ein weiteres Phänomen, das zum Umdenken anhalten könnte: Menschen, die in hohem Maße und ohne Unterstützung über mehrere Jahre Angehörige pflegen, betreiben Raubbau an ihrer Gesundheit. Sie geraten in eine Spirale der immer größeren permanenten Überforderung mit wachsenden gesundheitlichen Risiken. Sie werden statistisch betrachtet selbst früher pflegebedürftig, die Zahl ihrer „guten Jahre“ im Alter sinkt, stattdessen ist – im krassen Gegensatz zu Skandinavien – ein großer Teil dieser letzten Jahre von chronischen Krankheiten geprägt.

Die Betreuung und Pflege alter Menschen wird in den skandinavischen Ländern im Unterschied zu uns also als staatliche (insbesondere kommunale) Aufgabe gesehen, so wie etwa der Straßenbau und -unterhalt oder die Polizei. Eine norwegische Altenpflege-Expertin an der Universität in Oslo machte zur Pflege durch Familienangehörige die Aussage, es sei in Norwegen völlig indiskutabel, dass Angehörige einspringen müssen. Das schließt sicherlich nicht aus, dass Angehörige pflegerische Leistungen erbringen, wenn sie das so wollen.

Angesichts dieser grundsätzlichen Haltung ist es auch nicht verwunderlich, dass die skandinavischen Länder sich ihre Pflegesysteme mehr kosten lassen als das in Deutschland der Fall ist. Bei uns wird 1,1% des Bruttoinlandsprodukts aufgewendet, in Schweden sind es 3,7%, in Norwegen 3,1%, in Finnland und Dänemark 2,5%.

Das ermöglicht unter anderem, dass bei der Langfristpflege in den Heimen - bezogen auf eine gleiche Anzahl von Bewohnern - im Schnitt rund dreimal so viel Personal zum Einsatz kommt wie in Deutschland.

Und auch bei einem weiteren zentralen Aspekt schneiden wir vergleichsweise schlecht ab. Es gebe einen eklatanten Mangel hinsichtlich der Zukunftsfestigkeit unseres Pflegesystems resümiert Dr. Heintze, die Autorin der Studie. Sie stellt fest, dass die reale Entwicklung in Deutschland durch einen schleichenden Zerfall der tragenden Säulen des familienbasierten Systems geprägt ist.

Die Konsequenz müsste daher sein, zum einen die Zahl der professionellen Pflegekräfte auszuweiten. Zum anderen müssten die Bemühungen verstärkt werden, die in der Langzeitpflege Beschäftigten im Beruf zu halten, indem man sie besser bezahlt und auch ihre Arbeitsbedingungen attraktiver, d.h. vor allem weniger belastend und demotivierend gestaltet. Nur so könne sukzessive eine Umstellung in Richtung eines in öffentlicher Verantwortung stehenden Pflegesystems gelingen, das an den tatsächlichen Bedarfen orientiert sei.

Das Gegenteil sei jedoch zu beobachten. Die rechnerischen Ausgaben pro Einwohner/in ab 65 Jahren seien in der Vergangenheit gesunken. Die Differenz zu den skandinavischen Ländern wurde nicht vermindert, sondern sei weiter gewachsen.

Die Studie enthält eine Fülle von weiteren interessanten Vergleichsergebnissen und daraus abgeleiteten Schlussfolgerungen, welche Veränderungen unseres Pflegesystems nicht nur sinnvoll, sondern zwingend erforderlich wären. Der Platz in meinem Bericht reicht dafür natürlich nicht aus. Ich kann nur empfehlen, in dieser Studie herum zu stöbern. Es lohnt sich.

Das sollten und müssten auch die Verantwortlichen in den politischen Parteien, die ja für die Willensbildung in der Bevölkerung nach unserer Verfassung eine zentrale Rolle spielen, tun. Gerade in den Wochen und Monaten einer Bundestagswahl sollte eine sehr intensive gesellschaftliche Debatte zentraler zukunftsbezogener Themen stattfinden. Die Wahlprogramme der Parteien sollten klare, verstehbare und möglichst konkrete Aussagen zu diesen Themen machen. Daraus sollte klar erkennbar sein, welche Ziele in den nächsten vier Jahren und darüber hinaus verfolgt und mit welchen Mitteln sie erreicht werden sollen. Es obliegt allerdings uns Wählerinnen und Wählern, uns die programmatischen Erklärungen der Parteien genau anzuschauen und daraus die eigene Entscheidung für die Wahl abzuleiten. Welche Bedeutung hat das Thema "Pflege" für Ihre Wahlentscheidung? Achten Sie doch vielleicht in den letzten Wochen vor der Wahl etwas genauer darauf, welche Rolle die Weiterentwicklung unseres Pflegesystems bei den einzelnen Parteien spielt. Welche konkreten Aussagen dazu gemacht werden? Ob Sie die Vorschläge für überzeugend halten?

Das Thema „Pfleger“ kann übrigens laut den Ergebnissen einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung des Zentrums für Qualität in der Pflege bei der Bundestagswahl eine erhebliche Rolle spielen. 43% der Deutschen sehen die Versorgung älterer hilfebedürftiger Menschen als sehr wichtig dafür an, wie sie am 24. September ihren Stimmzettel ausfüllen wollen. In der für den Wahlausgang besonders maßgeblichen Altersgruppe 50+ sind es sogar 53%.

Versäumen Sie es nicht, Ihren Vorstellungen und Wünschen bezüglich der künftigen Gestaltung unserer Gesellschaft durch Ihre Stimmabgabe Geltung zu verschaffen!

Zum Schluss dieses Berichtes noch eine erfreuliche Nachricht: Die Meisten von Ihnen werden wahrscheinlich schon bemerkt haben, dass die Buswartehäuschen - bis auf die fest installierten Sitzbänke - nun endlich gebaut worden sind. So ist das Busfahren in die Stadt noch attraktiver geworden.

Diesem Mitteilungsblatt liegt eine Einladung zu einer Veranstaltung über das Thema "Demenz" am 21. September bei. Bitte schauen Sie sich den Text genauer an. Ich würde mich sehr freuen, möglichst viele von Ihnen an diesem Abend begrüßen zu können.

Meine nächsten öffentlichen Sprechzeiten sind am:  
**2. November und 7. Dezember 2017**  
**jeweils von 9:00 - 12:00 Uhr**  
**im Sitzungsraum des Bürgerhauses im 1. Stock**

Auch telefonisch bin ich in dieser Zeit unter der Nummer 08341-434854 zu erreichen.

Es grüßt Sie sehr herzlich

*Ulrich Mühlen*

*- Seniorenbeauftragter -*